

Frau Schröder, FB Bildung, brachte die Beschlussvorlage erneut ein und erläuterte die Ergänzungen.

Herr Schied, Fraktion DIE LINKE, stellte fest, dass es 2015 keinen Grundsatzbeschluss zur Thematik gegeben habe. Es wurden nur Festlegungen zur damaligen Situation getroffen. Es müsse aber geklärt werden, wie zukünftig mit der Thematik umgegangen wird.

Herr Schied merkte an, dass die inhaltlichen Informationen zu Satzungen anderer Kommunen erst ein Tag zuvor versendet wurden. Es sei aber eine Abstimmung innerhalb der Fraktion erforderlich.

Herr Stäglin, Beigeordneter, betonte, dass eine Nachsteuerung der Begründung erfolgt sei, offensichtlich wurden nicht die relevanten Aussagen korrigiert. Die Fraktionen wünschen nochmalige Richtigstellung.

Herr Scholtyssek, CDU/FDP-Fraktion, fragte: Gibt es einen zwingenden Grund für eine Änderung der Satzung?

Frau Schröder betonte, dass es der Verwaltung wichtig sei, eine grundsätzliche formale Regelung in der Satzung zu definieren.

Herr Kreisel, Betriebsleiter EB Kita, ergänzte, dass es für den EB Kita ebenso bedeutungsvoll sei, da ein rechtssicheres Verfahren benötigt werde. Beim Streik 2015 herrschte sieben Monate Unklarheit und gegenüber den Eltern konnte nur unzureichend kommuniziert werden. Der EB Kita wünscht sich eine klare Regelung.

Herr Schied sagte, dass damals das Argument gewesen sei, dass es Probleme bei der Erfassung der relevanten Nachweise gebe, hier müsse im Vorfeld die Erfassung besser vorbereitet werden. Er schlägt eine Kompromisslösung vor, zum Beispiel Erstattung nach 10 Tagen.

Herr Scholtyssek erklärte, dass auch er sich mit den kurzfristig zugesandten Änderungen nicht befassen konnte. Auch er favorisiert eine Kompromisslösung. Er schlug vor, ein Verwaltungsverfahren zu entwickeln.

Herr Stäglin sagte zu, dass eine Änderung für Herrn Schied auf S. 2 erfolge. Es liegt ein Vorschlag der Verwaltung vor, wenn weiteres Material gewünscht werde, solle genau benannt werden, was noch an Informationen erforderlich sei, denn die Regelung in der Stadt München wurde bereits zur Verfügung gestellt.

Herr Schied betonte, dass sein Interesse sei, ein Verwaltungsverfahren vorzubereiten, um den Aufwand in der Streiksituation möglichst zu reduzieren. Er stehe für eine Kompromisslösung bspw. Erlass der Kita-Gebühren ab 10 Tagen Streik o.ä.

Herr Schied stellte den Antrag auf Vertagung zur Beschlussfassung und die durchgeführte Beratung als 2. Lesung zu betrachten.

Herr Stäglin bittet die Ausschussmitglieder um Abstimmung zum Antrag von Herrn Schied.

Abstimmungsergebnis: **einstimmig zugestimmt**

7 Ja-Stimmen
1 Enthaltung

Herr Stäglin: Gibt es Fragen/Wünsche an die Verwaltung, welche Szenarien noch mit Informationen untersetzt werden sollen? Bitte, sie vorab an die Verwaltung senden.